

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss MA und Stefan Berger betreffend „Kopftuchverbot für öffentlich Bedienstete mit Parteienverkehr“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 18. Oktober 2022 zu Post 1

Der Politische Islam ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Die Ausbreitung des Politischen Islams brachte weltweit Tod, Zerstörung und Rückschritt. Er steht in diametralem Widerspruch zu einer aufgeklärten, offenen Gesellschaft, somit in fundamentaler Opposition zu unserer westlichen Gesellschaft und Lebensart.

Der vom Politischen Islam propagierte Geltungsanspruch manifestiert sich insbesondere in seinen Symbolen. Das Kopftuch ist ein solches Symbol, in ihm manifestiert sich insbesondere die Unterdrückung der Frau. Trotzdem ist in Wien das Tragen von Kopftüchern in öffentlichen Einrichtungen gang und gäbe.

Nicht zuletzt aufgrund der verfehlten Integrationspolitik der Wiener Stadtregierung ist vermehrt zu beobachten, dass diese - an sich bereits weitgehend überwundene - Geschlechterdiskriminierung durch den immer größer werdenden Anteil moslemischer Einwohner eine Renaissance erlebt.

Der Tod der 22-jährigen Mahsa Amini in Teheran, Iran, am Freitag, 16. September ruft landesweite Demonstrationen und internationale Empörung hervor. Die junge Frau wurde am Dienstag davor von der Sitten- und Religionspolizei aufgrund ihres „unislamischen“ Outfits, sie trug das Kopftuch nicht wie vorgeschrieben, festgenommen.

Seit dem gewaltsamen Tod der jungen iranischen Kurdin brachen in zahlreichen Städten große, wütende Protestwellen aus. Als Zeichen der Solidarität strömten von Teheran bis zu Aminis Heimatprovinz Kurdistan tausende Menschen auf die Straßen, um ihren Unmut mit der Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte Luft zu verschaffen. An mehreren Orten wurde die Parole gerufen: „Wir fürchten uns nicht, wir sind alle zusammen.“ Viele Frauen rissen sich zudem den Hidschab vom Kopf und schnitten sich die Haare ab. Dieser Aufschrei darf keinesfalls mit Gewalt, Unterdrückung und Ausgrenzung von Seiten des Staates und der Polizei beantwortet werden. Notwendig ist eine friedliche Konfliktlösung, das Verständnis für die Anliegen der Menschen für eine moderne und offene Gesellschaft und vor allem die Abschaffung der diskriminierenden Regelungen für Frauen und Stärkung der Frauenrechte. Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen übte ebenso Kritik an der Handhabung und Umsetzung der diskriminierenden Kleidungs Vorschriften für Frauen und fordert deren Abschaffung. Selbst in Wien sehen sich muslimische Mädchen, aber mittlerweile auch nicht muslimische Frauen Mobbing und Ausgrenzung ausgesetzt, weil sie sich nicht dem propagierten Kleidungsideal gemäß anziehen (Stichwort „Generation haram“, „Schariapolizei“).

Islamexperten wie auch Frauenrechtler sprechen sich immer häufiger vehement für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst aus. Die Symbolik des Kopftuches gehe weit über eine religiöse Bedeutung hinaus und sei vor allem als politisches Statement zu verstehen.

In einer westlichen, aufgeklärten Gesellschaft, die sich Frauen- und Mädchenrechte auf die Fahne geschrieben hat, haben wir sicherzustellen, dass eine die Frau unterdrückende Symbolik im öffentlichen Dienst keine Bühne bekommt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat

- 1) spricht sich für umfassenden Kinder- und Frauenschutz aus.
- 2) fordert die Wiener Landesregierung auf, ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst mit Parteienverkehr auszuarbeiten und konsequent umzusetzen.
- 3) ersucht die Bundesregierung, eine Änderung der dienstrechtlichen Bestimmungen des Bundes auszuarbeiten, um ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst mit Parteienverkehr sicherzustellen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.